



Gerd Höhn (OTL a. D.):

Befinden wir uns in Afghanistan im Krieg?

Zentrale Trauerfeier für drei in Afghanistan gefallene Soldaten der Bundeswehr.

Täglich neue Meldungen über Angriffe auf deutsche Patrouillen durch die offenkundig immer besser militärisch organisierten Taliban. Der bisher relativ ruhige Norden von Afghanistan gerät mehr und mehr unter Druck. Schon haben die Taliban erreicht, dass die Mädchenschulen in Kunduz ihren Unterricht einstellen mussten, weil die Eltern, nach

Drohungen der Taliban, ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Wird jetzt auch der Norden Afghanistans zum intensiven Kampfgebiet wie der Süden, in dem Amerikaner, Kanadier und Briten seit Jahren einen hohen Blutzoll zahlen? Ist das noch eine Friedensmission? Muss man in dieser Lage nicht von Krieg sprechen? Sollten wir unsere Soldaten nicht besser abziehen? Was haben wir in einem Land noch zu suchen dessen „gemäßigten“ Politiker es ablehnen, dass Mädchen Lesen und Schreiben lernen aber gleichzeitig fordern, dass nur Ärztinnen ihre Frauen behandeln dürfen? Alles Fragen, die in Deutschland zunehmend von den Menschen gestellt werden.

In Afghanistan stellt Deutschland eines der größten Truppenkontingente für die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Stabilisation Force = ISAF). Diese wurde nach dem Sturz der Taliban-Herrschaft und der Bildung einer Interimsregierung im Dezember 2001 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzt. Nach erfolgreicher Stabilisierung der Lage in Kabul erfolgte unter Führung der Nato seit 2003 die schrittweise Ausdehnung der ISAF in die Provinzen. Dabei wurde die zentrale Bedeutung der regionalen Wiederaufbauteams besonders betont. Deutschland trägt seit Juli 2006 die Verantwortung für die Nordregion und verfolgte in seinem Verantwortungsbereich einen ressortübergreifenden Ansatz aus zivilen und militärischen Komponenten. Die deutschen Soldaten erfüllen ihren Auftrag durch militärische Präsenz, durch Beteiligung an der Wiederaufbauhilfe und durch die Unterstützung bei der Ausbildung der afghanischen Streitkräfte sowie der afghanischen Polizei. (Weißbuch 2006)

Die Bundesregierung ging also bisher davon aus, dass allein durch „militärische Präsenz“ diese Mission erfolgreich durchgeführt werden kann. Dieser Ansatz ist offenkundig an der afghanischen Realität gescheitert. Aus einem reinen „Polizeieinsatz“ ist nun ein Kampfeinsatz geworden. Von Krieg zu sprechen verbietet allerdings schon das Grundgesetz. Unverändert erlaubt unsere Verfassung den Kriegseinsatz der Streitkräfte nur im „Verteidigungsfall“. Nur dank eines Verfassungsgerichtsurteils, das über die Schiene „Bündnisverpflichtungen“ den VN -Einsatz zuließ, ist die Bundesregierung nach Zustimmung des Bundestages in der Lage Truppen in einen Auslandseinsatz zu schicken.

Dann ist zu fragen gegen wen führen wir den Krieg? Doch bestimmt nicht gegen Afghanistan, das wir in die Lage versetzen wollen eine Friedensordnung mit seinen eigenen Kräften herbeizuführen.

Dann ist auch zu fragen in wie weit in rasch wechselnder Lage ein so genanntes robusteres Mandat durch die Politik überhaupt schnell genug erteilt wird. Welchen Einfluss die Politik auf das militärisch notwendige dabei ausübt kann man an dem Fall „Aufklärungstornados für Afghanistan“ ablesen. Fünf Monate hat es gedauert bis diese militärisch-taktische Maßnahme durch das Parlament abgesehnet wurde.

Und schließlich muss sich die Bundesregierung letztendlich fragen, ob die die in den letzten fünfzehn Jahren stark abgebaute Bundeswehr überhaupt noch in der Lage ist einen Krieg zu führen und über einen längeren Zeitraum durchzuhalten.

Scheibchenweise reagierte die Bundesregierung auf die Forderungen der Alliierten nach mehr Truppengestellungen. Die Bundeswehr stellt seit 2008 die Schnelle Eingreiftruppe in der Nordregion. Sie kommt damit aber an die Grenzen der Leistungsfähigkeit ihrer Kampftruppen. Der Umbau der Bundeswehr zur „Einsatzarmee“ – besser und treffender wäre hier der Begriff Unterstützungs- und Hilfsarmee – hatte für das Heer zur Folge, dass bei einer Gesamtstärke von 105000 Mann noch knapp 17000 den Kampftruppen zuzurechnen sind. Allein um die Nordregion wirkungsvoll zu kontrollieren bedürfte es des zehnfachen des bisherigen Kräfteansatzes an Kampftruppen. Darüber verfügt die Bundeswehr nicht mehr. Ihr bleibt nur die afghanische Armee durch entsprechende Anleitung und Ausbildung in die Lage zu versetzen dies zu tun. Das heißt aber auch gemeinsam mit den Afghanen in den Kampfeinsatz gegen die Taliban zu gehen.

Die Soldaten aus Afghanistan ganz abziehen wäre fatal und würde den Taliban in die Hände spielen. Hier sind Lösungen nur gemeinsam mit den Verbündeten möglich. Auch ein Abzug der NATO würde die ganze Region in ein Chaos stürzen und zudem Pakistan weiter destabilisieren. Die Folgen für die gesamte Region Mittlerer Osten wären unabsehbar.

Fazit: Den derzeitigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen verbietet sich aus vielerlei Gründen. Nicht nur verfassungsrechtlich ist dies nicht abgedeckt, sondern allein schon kräftemäßig ist die Bundeswehr dazu nicht in der Lage.

Gerd Höhn, OTL a. D.
(18. Juli 2009)